



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Thomas Wedel  
Pressesprecher

[thomas.wedel@bfw-bund.de](mailto:thomas.wedel@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)  
[www.bfw-politikforum.de](http://www.bfw-politikforum.de)

Twitter: @BFWBund

## BFW-PRESSEMITTEILUNG

### **Nach der Bundestagswahl: BFW-Präsident mahnt sachliche Debatte über mehr bezahlbares Wohnen und Klimaschutz an**

**Berlin, 27.09.2021. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen dringt nach der Bundestagswahl auf eine zügige Regierungsbildung. „Dieses Land braucht eine stabile Regierung, und zwar schnell. Deshalb dürfen sich die Parteien jetzt nicht zu lange in Sondierungsverhandlungen verlieren. Die mittelständische Immobilienwirtschaft steht als Partner bereit, um über wirksame und effiziente Maßnahmen für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz im Gebäudesektor zu diskutieren“, erklärte BFW-Präsident Andreas Ibel in Berlin.**

„Das Wahlkampfgetöse muss jetzt einer sachlichen Debatte weichen. Enteignungs-Fantasien und mehr Mietpreisregulierung haben auf Bundesebene keine Mehrheit“, so Ibel mit Blick auf das schwache Ergebnis der Linken. „Die Politik muss in der neuen Legislaturperiode die Rahmenbedingungen für mehr bezahlbares Wohnen in den Ballungsräumen schaffen. Denn in Regulierungen kann man nicht Wohnen“, ergänzte der BFW-Präsident. „Das Abschneiden der Grünen zeigt uns zudem, dass vielen Menschen in unserem Land die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit wichtig sind. Wir werden den künftigen Koalitionären aufzeigen, dass die Wirtschaftlichkeit im Fokus stehen muss. Deshalb bringt uns eine Solardachpflicht hier nicht weiter, die konsequente Liberalisierung des Mieterstroms schon eher“, sagte Ibel. Eindringlich warnte er vor höheren Neubaustandards: „Zahlreiche Studien belegen, dass man auf diesem Weg keine höhere CO<sub>2</sub>-Einsparung erreicht. Das muss die neue Bundesregierung zur Kenntnis nehmen und ihre Förderpolitik danach ausrichten“, fügte der BFW-Präsident hinzu.

Scharf kritisiert hat Ibel das Ergebnis des Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ in Berlin: „Das klare Votum der Berliner für die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne ist das Ergebnis einer verfehlten Politik des rot-rot-grünen Senats. SPD, Linke und Grüne haben den Menschen in der Hauptstadt falsche Versprechungen gemacht. Denn die Ziele des Volksentscheids kosten viel Geld, bringen keine neue Wohnung und können verfassungskonform gar nicht umgesetzt werden. Die neue Berliner Landesregierung muss sich darum bemühen, den Wohnungsbau in der Hauptstadt anzukurbeln. Denn mehr Neubautätigkeit ist wirksamer als jede weitere Regulierung“, ist der BFW-Präsident überzeugt.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.